Kliniken reagieren auf Antikorruptionsgesetz

„Kooperationsverträge mit Ärzten vorsorglich gekündigt“

Die unlautere Vorteilsnahme kann seit Inkrafttreten des „Gesetzes zur Vermeidung von Korruption im Gesundheitswesen“ auch für freiberuflich tätige Ärzte strafrechtliche Folgen haben.

Nun ist die Unsicherheit unter Medizinern und Kliniken groß: Für Ärzte sei nicht immer klar, wie sie sich korrekt verhalten können, schreibt die *Ärzte Zeitung*. Daher kündigten Krankenhäuser derzeit vorsorglich alle ihre Kooperationsverträge mit Ärzten.

„Es kann oft nicht mit letzter Sicherheit ausgeschlossen werden, dass in den Verträgen die neuen Straftatbestände doch erfüllt sind“, sagt Dr. iur. Maximilian Warntjen von der Berliner Rechtsanwaltskanzlei Dierks und Bohle. Dabei sei etwa der Umstand, dass ein niedergelassener Arzt die Möglichkeit hat, mit einer Klinik zu kooperieren und dort zu operieren, im Sinne der neuen Paragraphen zwar bereits ein Vorteil, aber allein dieser Vorteil müsse nicht strafbar sein. „Der Straftatbestand ist in einem solchen Fall halb erfüllt“, erklärt Warntjen. „Zum Problem wird es erst, wenn der Arzt bestimmte Handlungen ausführt, also etwa Patienten vorbeischickt, um dann selbst daran unangemessen zu

verdienen.“ Dann müsse man prüfen, ob ein Zusammenhang besteht zwischen den Zuwendungen und dem Umstand, dass der niedergelassene Arzt auch im Krankenhaus tätig ist. Außerdem müsse geprüft werden, warum die Klinik einen niedergelassenen und nicht einen angestellten Arzt einsetzt, ob es etwa am Personalmangel liegt. „Die Spielregeln haben sich nicht geändert, aber der Einsatz“, sagt Warntjen. So werde nun strafrechtlich härter bestraft, was vorher schon verboten war. „Früher hat die Ärztekammer einfach nicht so genau hingeschaut.“

Von den neuen Straftatbeständen des Antikorruptionsgesetzes – Bestechlichkeit im Gesundheitswesen und Bestechung im Gesundheitswesen – sind auch Zahnärzte, Labore, der Handel und die Dentalindustrie betroffen.

Welche konkreten Vertragsgestaltungen, welche Kooperationsformen vom Antikorruptionsgesetz erfasst werden, das wird sich Warntjens Angaben zufolge erst in etwa fünf Jahren zeigen, wenn erste Gerichtsentscheidungen vorliegen.

mr

Analyse der KZBV

Anzahl zahnärztlicher MVZ steigt

Zwischen Mitte 2015 und Ende 2016 hat sich die Zahl der an der vertragszahnärztlichen Versorgung in Deutschland teilnehmenden Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) mehr als verzehnfacht. Das geht aus einer aktuellen Analyse der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung (KZBV) zur MVZ-Thematik hervor. Demnach waren Ende 2016 deutschlandweit 288 zahnärztliche MVZ zugelassen. Im Vergleich dazu waren es im Juli 2015 lediglich 28 fachübergreifende MVZ.

Der sprunghafte Anstieg lässt sich mit dem Mitte 2015 in Kraft getretenen GKV-Versorgungsstärkungsgesetz erklären.

Mit dem Gesetz hat der Gesetzgeber arztgruppengleiche und damit auch rein zahnärztliche MVZ erlaubt. Außerdem dürfen seither auch Kommunen MVZ gründen.

Den größten Anstieg bei der Anzahl der zahnärztlichen MVZ verzeichnen urbane Gebiete. Wie aus den Zahlen der KZBV hervorgeht, gründeten sich bis zum Jahresende 2016 226 MVZ (81 Prozent) in städtischen Zentren. Im Gegensatz dazu waren es lediglich 52 vertragszahnärztliche MVZ (19 Prozent) in ländlichen Gebieten.

cas

+++ Termine und Personalien +++ Termine und Personalien +++ Termine und Personalien +++ Termine und Personalien

Wechsel im Norden

Dr. Roland Kaden führt den Landesverband Schleswig-Holstein

Der nördlichste Landesverband des Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte (FVDZ) hat einen neuen Chef: Dr. Roland Kaden wurde in Schleswig-Holstein zum Vorsitzenden des Landesverbandes gewählt. Er tritt die Nachfolge von Dr. Joachim Hüttmann an, der sein Amt zur Verfügung gestellt hatte. Kaden hat Zahnmedizin in Berlin studiert und ist in Heide in Schleswig-Holstein niedergelassen. Der 58-jährige engagiert sich seit Langem für die zahnärztliche Kollegschaft: Seit 21 Jahren ist er Vorstandsmitglied des Kreisvereins der Zahnärzte Dithmarschens, seit 2005 Mitglied der Kammerversammlung Schleswig-Holstein und Mitglied im GOZ-Ausschuss der Kammer. Zudem ist Kaden Gründungsmitglied und Vizevorsitzender des Berufsverbandes der Allgemein Zahnärzte Deutschlands (BVAZ) sowie Gründungsmitglied eines implantolo-

gischen Studienklubs. Kadens Steckenpferd ist das Gebührenrecht: Seit 2015 ist er Vorsitzender der GOZ-AG Nord sowie Mitglied des Ausschusses Gebührenrecht der Bundeszahnärztekammer. Für den FVDZ ist der Zahnarzt seit 2010 aktiv, 2012 wurde er Bezirksgruppenvorsitzender West-Schleswig-Holsteins und Mitglied des Landesvorstandes. Ende Februar 2017 wählte ihn sein Landesverband nun zum neuen Vorsitzenden.

Neuwahl des KZV-Vorstandsvorsitzenden

Einen Wechsel wird es auch an der Spitze der Kassenzahnärztlichen Vereinigung (KZV) Schleswig-Holstein geben. Der im Januar gewählte KZV-Vorstandsvorsitzende Dr. Joachim Hüttmann hat sich aus gesundheitlichen Gründen vorerst aus der Berufspolitik zurückgezogen. Sein Nachfolger wird am 22. April gewählt. sas